

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/10/2010

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 13.12.2010,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 23:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Werner Bandick

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Frau Marion Clasen
Herr Christian Conring ab TOP 3
Herr Uwe Grassau
Herr Rolf Griesenberg
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Herr Dieter Heidenreich
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann
Frau Nina Holers ab TOP 3
Herr Tobias Koch
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Horst Marzi
Herr Hartmut Möller
Frau Susanne Philipp-Richter
Herr Bela Randschau
Herr Steffen Rotermundt
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Frau Martina Strunk
Frau Doris Unger
Herr Roland Wilde
Frau Petra Wilmer

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lisa Brauner

Kinder- und Jugendbeirat;
bis TOP 15

Herr Klaus Butzek

Seniorenbeirat; bis TOP 15

Herr Max Rünzel

Kinder- und Jugendbeirat;
bis TOP 15

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Thomas Reich

Herr Horst Kienel

Herr Wilhelm Thiele

Frau Meike Niemann

Herr Hanno Krause

Herr Andreas Zimmermann

Frau Svenja Saalfeld

Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Sabrina Bosse

Frau Birte Voss

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Einwände gegen die Niederschrift 09/2010 vom 29.11.2010
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Bericht des Bürgermeisters
- 6.1 Antrag auf Sitz in der Fluglärmschutzkommission für den Verkehrsflughafen Hamburg Airport
7. Rahmenplan Schlossviertel/ Erlenhof **2010/140**
- Beschluss über den geänderten Rahmenplanentwurf
8. Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten **2010/138**
9. Höhe der Parkgebühren **2010/096/1**
10. Theater-, Musik- und Kulturförderung 2011 und Folgejahre **2010/118/1**
- Abschluss einer mehrjährigen Vereinbarung -
11. 2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer **2010/124**
12. Maßnahme zur Konsolidierung des Haushalts der Stadt Ahrensburg **2010/128**
- Einführung einer Jahresgrundgebühr in der Stadtbücherei Ahrensburg -
13. Erlass der Haushaltssatzung 2011 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2011 **2010/135/1**
14. Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre **2010/127**
- 1. Entwurf des doppischen Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2011 und die Folgejahre 2012 bis 2014 -
15. Durchführung der Stadtfeste 2011 bis 2013 **2010/087/2**
Auswahlverfahren

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Bandick begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er gibt bekannt, dass der Herr Andreas Fleischer aus persönlichen Gründen sein Mandat als Stadtverordneter aufgegeben hat.

2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung

Bürgermeister Bandick gibt bekannt, dass in der nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.11.2010 der Veräußerung von Erbbaurechtsgrundstücken durch die Stadt und der Erteilung einer verbindlichen Auskunft in einer Gewerbesteuerangelegenheit zugestimmt worden ist.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Offen appelliert an die Stadtverordneten, im Rahmen der heutigen Beratung des Erlenhofes die Anregung aus der Einwohnerversammlung am 30.11.2010, der NABU, der Naturfreunde Deutschlands und des Vereins Jordsand mit dem Inhalt zu berücksichtigen, an der Aue in einer Breite von ca. 300 m Flächen von einer Bebauung freizuhalten und sie dem Naturschutz zu widmen. Er fordert die Stadtverordneten auf, die Vorlage zurückzuweisen und überarbeiten zu lassen.

Herr Haering erklärt auf die Anregung des Herrn Offen, dass durch eine Verbreiterung des Grünstreifens im Bereich der Aue sich die Anzahl der Wohneinheiten erheblich reduziere. Durch eine Festlegung als Naturschutzgebiet wäre eine Querung des Fußgänger- und Radfahrverkehrs und somit eine kurze Verbindung des Erlenhofes an die Stadtmitte nicht möglich.

Herr Mächler bittet um Auskunft über die Kosten der Wiederherstellung der Alten Reitbahn für ein ordnungsgemäßes Parken. Er bezweifelt den Nutzen der Einnahme der Parkgebühren in Höhe von 180.000 € im Verhältnis zu dem befürchteten Kaufkraftverlust im Stadtgebiet. **Bürgermeister Bandick** verweist auf die Behandlung im Rahmen des Tagesordnungspunktes 9 „Höhe der Parkgebühren“.

4. Einwände gegen die Niederschrift 09/2010 vom 29.11.2010

Keine Einwände.

Die Niederschrift ist genehmigt.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Stadtverordneter Schmick schlägt vor, den Tagesordnungspunkt „Rahmenplan Schlossviertel/Erlenhof“ nach dem Tagesordnungspunkt „Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts der Stadt Ahrensburg – Einführung einer Jahresgrundgebühr in der Stadtbücherei Ahrensburg“ zu behandeln.

Anschließend wird wie folgt über den Antrag des Stadtverordneten Schmick abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	10 dafür
	10 dagegen
	11 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Bürgervorsteher Bandick bittet, den Tagesordnungspunkt „Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre“ nach dem Tagesordnungspunkt „Erlass der Haushaltssatzung 2011 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2011“ zu behandeln.

Die Stadtverordneten stimmen mit der gemäß § 46 Abs. 7 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung erforderlichen 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Behandlung des Tagesordnungspunktes 16 „Grundstücksangelegenheit“ in nicht öffentlicher Sitzung zu, da berechnigte Interessen Einzelner dies erfordern.

Abstimmungsergebnis:	Alle dafür
-----------------------------	-------------------

Anschließend stimmen die Stadtverordneten **einstimmig** der gesamten mit Einladung vom 02.12.2010 mit oben genannter Änderung des Bürgervorstehers Bandick versandten Tagesordnung zu.

Stadtverordneter Langbehn beantragt im Laufe der Sitzung, nach dem Tagesordnungspunkt 12 „Maßnahme zur Konsolidierung des Haushalts der Stadt Ahrensburg – Einführung einer Jahresgrundgebühr in der Stadtbücherei Ahrensburg“ Vertagung der darauf folgenden Punkte aufgrund der fortgeschrittenen Zeit.

Abstimmungsergebnis:

**7 dafür
19 dagegen
4 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit abgelehnt. Die Tagesordnung wurde nicht geändert.

Anmerkung der Verwaltung:

*Das Beschlusscontrolling ist im Nachgang als **nicht öffentliche Anlage** dieser Niederschrift beigelegt.*

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1 Antrag auf Sitz in der Fluglärmenschutzkommission für den Verkehrsflughafen Hamburg Airport

Bürgermeister Sarach berichtet, dass er heute über den Beschluss der Fluglärmenschutzkommission informiert worden ist. Der Antrag auf Aufnahme des Bürgermeisters und der Vertreterin des Kreises Stormarn in die Fluglärmenschutzkommission ist abgelehnt worden. Die Entscheidung wird unter anderem damit begründet, dass gemäß Luftverkehrsgesetz die Fluglärmenschutzkommission höchstens aus 15 Personen besteht, tatsächlich sind in der Fluglärmenschutzkommission bereits 30 Personen vorhanden. Durch eine Erhöhung der Mitgliederzahl sieht die Fluglärmenschutzkommission ihre Arbeitsfähigkeit erschwert. Des Weiteren wird der Kreis Stormarn durch einen Abgeordneten des Wirtschaftsministeriums und des Umweltministeriums des Landes Schleswig-Holstein vertreten, die versichern, dass sie die Interessen des Kreises und der Stadt umfänglich wahrnehmen. Bürgermeister Sarach wird die schriftliche Begründung abwarten, um die rechtlichen Grundlagen zu überprüfen.

7. Rahmenplan Schlossviertel/ Erlenhof - Beschluss über den geänderten Rahmenplanentwurf

Stadtverordneter Hansen hält den Sachvortrag.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass er die Brisanz der Wohneinheiten, die sich aus der Vorlagen Nr. 2010/097 ergeben haben, als Grundlage für die Diskussion in der Politik zu spät erkannt habe. Insgesamt hätte eine Orientierung der Zahl der Wohneinheiten am ISEK erfolgen sollen, um die politische Situation leichter zu gestalten. Im Rahmenplan der Beschlussvorlage Nr. 2010/097 wurde das Potenzial möglicher Wohneinheiten aufgezeigt.

Bürgervorsteher Bandick beantragt anschließend in seiner Funktion als Stadtverordneter, Punkt 1 der Beschlussvorlage Nr. 2010/097 wie folgt zu ändern:

„Der Rahmenplan Schlossviertel/Erlenhof sowie der Bericht zum Rahmenplan werden mit folgender Änderung beschlossen:

- Die Zahl der Wohneinheiten wird auf 360 Wohneinheiten begrenzt.
- Aufteilung der Bautypen in Einzelhäuser, Doppel-/Reihenhäuser und Mehrfamilienhäuser zu gleichen Teilen.
- Die Bauabschnitte so aufzuteilen, dass diese Drittelung sich in jedem Bauabschnitt wiederfindet, um die jetzt geplanten und vorgesehenen Wohneinheiten zu reduzieren.
- Näheres wird im B-Planverfahren festgelegt.“

Er führt aus, dass der Rahmenplan mit oben genannter Änderung in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden sollte. Im ISEK, Seite 102 der Vorlagen-Nr. 2010/097, Anlage 4, werden 400 Wohneinheiten angestrebt (Grundlage des Rahmenplanes sind 472 Wohneinheiten, siehe Seite 51 der Vorlage Nr. 2010/097). Er verweist auf die Erforderlichkeit, einen Beschluss zum Rahmenplan herbeizuführen im Hinblick auch auf die Bereitstellung von Gewerbeflächen und damit verbunden ausreichenden Wohnraum.

Stadtverordneter Koch betont, dass er sich von Anfang an für eine Bebauung des Erlenhofes und damit gegen einen Ankauf der Ackerlandfläche für 4 bis 5 Mio. € ausgesprochen habe. Er plädiert im Namen der CDU-Fraktion für ein lebenswertes Wohnquartier mit einer Mischung von unterschiedlichen Wohnformen von Einfamilien-, Doppel-/Reihenhäuser und Mehrfamilienhäuser mit einem Richtwert für eine Bebauung von 300 Wohneinheiten, um Fehler aus anderen Wohngebieten nicht zu wiederholen und gleichzeitig auch die Verkehrsinfrastruktur nicht zu überlasten. Die CDU-Fraktion sei bereit, dem Richtwert von 300 bis höchstens 360 Wohneinheiten entgegenzukommen,

um ein Maximum an Lebensqualität in dem neuen Wohngebiet gewährleisten zu können.

Stadtverordneter Hansen beantragt eine Unterbrechung der Sitzung von 10 Minuten. Dem Antrag wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Nach Unterbrechung der Sitzung erklärt Stadtverordneter Hansen, dass er im Namen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag von Stadtverordneten Bandick nicht zustimmen werde. Eine Reduzierung der Wohneinheiten auf 360 habe zur Folge, dass kein bezahlbarer Wohnraum mehr geschaffen werden könne. Darüber hinaus habe der Antrag wiederum eine Verzögerung des Rahmenplanes, auch mit höheren Kosten für die Änderung des Rahmenplanes zur Folge.

Stadtverordneter Schmick spricht sich im Namen der WAB-Fraktion grundsätzlich gegen eine Erlenhof-Bebauung im Hinblick auf die bereits erschlossenen Gebiete in der Stadt Ahrensburg, wie Ahrensburger Redder, Buchenweg, Hansdorfer Straße, Reeshoop, „Wilde Rosen“ aus. Sofern dennoch entsprechend den Mehrheitsverhältnissen einer Bebauung zugestimmt werde, wird die WAB-Fraktion für den kleinsten gemeinsamen Nenner einer Bebauung, dem Antrag des Stadtverordneten Bandick, stimmen

Stadtverordneter Möller beantragt Punkt 1 der Vorlage Nr. 2010/140 um folgenden Satz zu ergänzen:

„Es sollen etwa 400 Wohneinheiten entstehen. Das räumliche Strukturkonzept Erlenhof-Variante der Anlage 1, Vorlagen-Nr. 2010/140, sollte erhalten bleiben.“ Er plädiert dafür, möglichst preiswerte Einzelhäuser und Wohnungen bereitzustellen, dies sei bei einer Reduzierung der Wohneinheiten von 472 auf 360 nicht mehr gewährleistet. Das Gleiche gilt für den Erhalt der großzügigen Gestaltung der Eingangssituation mit verschiedenen Plätzen und mehrgeschossigen Wohnungsbau als auch der Voraussetzung von flächensparendem Bauen. In dem jetzigen Konzept der Vorlagen-Nr. 2010/097 mit 447 Wohneinheiten teile sich die vorhandene Fläche bereits in 50 % für Einfamilienhäuser und Doppelhäuser, 30 % Reihenhäuser und lediglich 20 % mehrgeschossigen Wohnungsbau auf, sodass lediglich 20 % der Fläche mit mehrgeschossigen Wohnungsbau überplant sei.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Koch, Langbehn, Schmick, Rotermundt und Haase.

Ausschussmitglied Bellizzi erklärt, dass sich seine Fraktion grundsätzlich gegen eine Bebauung des Erlenhofes ausgesprochen habe, jedoch den Mehrheitsbeschluss in der Stadtverordnetenversammlung für eine Erlenhof-Bebauung akzeptiert. Voraussetzung für eine entsprechende Bebauung ist bezahlbarer Wohnraum, auch unter anderem für Alleinstehende und Familien mit Kindern, die er bei einer Ausweisung von 300 bzw. 360 Wohneinheiten nicht gegeben sieht.

Dem Beschluss der Vorlagen-Nr. 2010/097 ist somit unter Berücksichtigung des Antrages des Stadtverordneten Bandick zugestimmt.

8. Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2010/138/1 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9. Höhe der Parkgebühren

Stadtverordneter Hansen hält den Sachvortrag. In dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2010/096/1 ist sowohl der Antrag der CDU-Fraktion als auch die Erweiterung des Antrages durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Punkt Anwohnerparken als Mehrheitsbeschluss des Bau- und Planungsausschusses eingeflossen.

Stadtverordneter Möller beantragt im Namen der SPD-Fraktion, Punkt 2 a) und b) der Beschlussvorlage Nr. 2010/096/1 zu streichen. Diese lauten wie folgt:

„Punkt 2 a) Für die Alte Reitbahn wird zukünftig an Wochentagen ein Tagesticket von 2 € eingeführt.“

Punkt 2 b) Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig ein Konzept für Anwohnerparken auf den von der möglichen Verdrängung betroffenen öffentlichen Flächen (insbesondere in der Klaus-Groth-Straße) zu entwickeln und möglichst zeitnah zur Gebührenpflicht auf der Alten Reitbahn einzuführen.“

Stadtverordneter Möller führt aus, dass das Parkraumkonzept darauf ausgerichtet sei, den Parksuchverkehr zu regeln und nicht ein Mittel zur Einkommenserzielung sei. Bestandteil des Gesamtkonzeptes sei die zur Verfügungstellung eines weiter entfernten kostenlosen Parkplatzes. Im Übrigen sei der Parkplatz Alte Reitbahn in einem derartigen Ausbauzustand, der eine Gebührenerhebung nicht rechtfertige.

Stadtverordneter Bellizzi stimmt dem Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 2010/096/1 nicht zu und schließt sich insbesondere den Ausführungen des Stadtverordneten Möller an. Der hierdurch bedingte Kaufkraftverlust in der Stadt Ahrensburg mit der erstmaligen Erhebung von Parkgebühren für die Alte Reitbahn stehe nicht im Verhältnis zu den zusätzlichen Parkgebühreneinnahmen. Eine Erhöhung der Parkgebühren sei aufgrund der angespannten Haushaltssituation unumgänglich.

Stadtverordneter Hansen stimmt im Namen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag zu. Eine Anpassung der Parkgebühren – befürwortet auch durch den ADAC – sei in den letzten ca. 10 Jahren in der Stadt Ahrensburg nicht erfolgt. Eine Parkgebührenerhebung Alte Reitbahn habe keine Verringerung der Kaufkraft zur Folge, da der Platz ohnehin in der Regel von Dauerparkern genutzt werde.

Stadtverordneter Schmick beantragt im Namen der WAB-Fraktion, über den Verwaltungsvorschlag Seite 2 der Vorlage Nr. 2010/096/1, der wie folgt lautet: *„Bei 20 Cent für die ersten 30 Minuten und je weitere 15 Minuten 20 Cent zu erheben“* abzustimmen.

Es bestehe kein Kaufkraftverlust, aber ein „Unwohlsein“ der Einwohner und Einwohnerinnen, sofern keine kostenlosen Parkflächen z. B. auch für den Besuch von Ärzten vorhanden seien. Die WAB-Fraktion lehnt dementsprechend die Alte Reitbahn als kostenpflichtigen Parkplatz ab.

Stadtverordneter Koch beantragt, Punkt 2 a) der Beschlussvorlage wie folgt zu ändern:

*„Für die Alte Reitbahn wird zukünftig von **montags bis freitags** ein Tagesticket von 2 € eingeführt. Am Samstag und Sonntag soll die Alte Reitbahn für das Parken von Bürgerinnen und Bürgern, die in der Stadt Ahrensburg einkaufen, auch weiterhin kostenlos zur Verfügung stehen.“*

Stadtverordnete Wilmer weist auf die Erforderlichkeit der Bereitstellung eines kostenlosen Parkplatzes auch für in der Stadt tätige Angestellte und auf Schwierigkeiten beim Anwohnerparken hin und lehnt deshalb im Namen der SPD-Fraktion die Alte Reitbahn als kostenpflichtigen Parkplatz und das Anwohnerparken ab.

Dem Antrag auf Beendigung der Rednerliste wird anschließend mit großer Mehrheit zugestimmt.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Bellizzi und Hansen.

Stadtverordneter Rotermundt spricht sich für die in der Vorlage vorgeschlagene Parkgebührenerhebung und gegen einen gebührenpflichtigen Parkplatz Alte Reitbahn und das Anwohnerparken aus. Auch er sieht eine Ausweichfläche zum kostenlosen Parken als erforderlich an.

Anschließend wird über den Antrag der WAB-Fraktion, der wie folgt lautet, abgestimmt:

Die WAB-Fraktion bittet, dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen, der auf Seite 2 der Vorlagen-Nr. 2010/096/1 aufgeführt ist und wie folgt lautet: „Verwaltungsvorschlag: Bei 20 Cent für die ersten 30 Minuten und je weitere 15 Minuten 20 Cent zu erheben.“

Abstimmungsergebnis:	12 dafür
	19 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend wird getrennt über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages der Vorlagen-Nr. 2010/096/1 wie folgt abgestimmt:

– **Punkt 1 a)**

“Für die Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt wird ein neues Tarifsysteem eingeführt, bei dem für die erste Stunde eine Gebühr von 50 Cent und für jede weitere angefangene halbe Stunde zusätzliche 50 Cent erhoben werden. Die maximale Parkdauer beträgt unverändert 3 Stunden.“

Abstimmungsergebnis: 22 dafür
6 dagegen
3 Enthaltungen

Dem Vorschlag ist somit zugestimmt.

– **Punkt 1 b)**

„Der Parkplatz Klaus-Groth-Straße/Bruno-Bröker-Haus ist in die Parkraumbewirtschaftung mit einzubeziehen.“

Abstimmungsergebnis: 22 dafür
6 dagegen
3 Enthaltungen

Dem Vorschlag ist somit zugestimmt.

– **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Punkt 2 a)**

„Für die Alte Reitbahn wird zukünftig von montags bis freitags ein Tagedicket von 2 € eingeführt. Am Samstag und Sonntag soll die Alte Reitbahn für das Parken von Bürgerinnen und Bürgern, die in der Stadt Ahrensburg einkaufen, auch weiterhin kostenlos zur Verfügung stehen.“

Abstimmungsergebnis: 18 dafür
13 dagegen

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion ist somit zugestimmt.

– **Punkt 2 b)**

„Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig ein Konzept für Anwohnerparken auf den von der möglichen Verdrängung betroffenen Flächen (insbesondere in der Klaus-Groth-Straße) zu entwickeln und möglichst zeitnah zur Gebührenpflicht auf der Alten Reitbahn einzuführen.“

Abstimmungsergebnis: 18 dafür
11 dagegen
2 Enthaltungen

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

**10. Theater-, Musik- und Kulturförderung 2011 und Folgejahre
- Abschluss einer mehrjährigen Vereinbarung -**

Stadtverordneter Stern hält den Sachvortrag.

Stadtverordnete Unger erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass der Zuschuss für das Kulturzentrum Marstall für die Jahre 2012 bis 2014 auf 80.000 € jährlich reduziert werden sollte, da noch kein schlüssiges Finanzkonzept von dem Kulturzentrum Marstall e. V. vorgelegt worden sei.

Stadtverordneter Stern entspricht größtenteils den Ausführungen von Stadtverordneter Unger, befürwortet jedoch die Einstellung eines Zuschusses von 2010 für 2011 in Höhe von 84.000 €, da die Planung des Vereins für das kommende Jahr weitgehend abgeschlossen sei.

Stadtverordneter Bellizzi kritisiert die Höhe der Förderung des Marstalls, da bisher kein Konzept für die Weiterentwicklung des Marstalls trotz mehrmaliger Aufforderungen vorgelegt worden sei.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe regt an, von 2010 für 2011 ein Zuschuss in Höhe von 80.000 € mit einem Sperrvermerk von 4.000 € auszuweisen und für die Jahre 2012 bis 2014 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 80.000 € zu gewähren.

Anschließend stellt Stadtverordneter Stern folgenden Änderungsantrag zur Vorlage Nr. 2010/118/3: ***„Dem Kulturzentrum Marstall e. V. wird auf der inhaltlichen Basis des Kulturbetriebes von 2010 für 2011 ein Zuschuss von 80.000 € und 4.000 € unter Sperrvermerk und für die Jahre 2012 bis 2014 ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 80.000 € gewährt. Eine jährliche Liquiditätsrücklage in Höhe von 30.000 € zum Jahresende wird anerkannt.“***

Abstimmungsergebnis:	29 dafür
	2 dagegen

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der oben genannten Änderung zu.

Abstimmungsergebnis:	29 dafür
	2 Enthaltungen

Dem Beschlussvorschlag ist somit mit oben genannter Änderung zugestimmt.

11. 2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer

Die Stadtverordneten stimmen über den Beschlussvorschlag ab.

Abstimmungsergebnis:

5 dafür
22 dagegen
4 Enthaltungen

Der Beschlussvorschlag ist somit abgelehnt.

**12. Maßnahme zur Konsolidierung des Haushalts der Stadt Ahrensburg
- Einführung einer Jahresgrundgebühr in der Stadtbücherei Ahrensburg
-**

Stadtverordneter Stern hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe erklärt, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich gegen die Einführung einer Jahresgrundgebühr in der Stadtbücherei seien. Es gelte das Motto „So viel Bildung so lange wie möglich kostenlos“. Er beantragt „die Einführung einer Grundgebühr für die Stadtbücherei für alle nicht Ahrensburger, egal welchen Alters von 12 € pro Jahr, zumal jede Gemeinde in Stormarn eine eigene Bücherei/Büchereibus bereitstelle.“

Stadtverordneter Stern erklärt, dass die ausschließliche Einführung einer Grundgebühr für nicht Ahrensburger einen erheblichen Verwaltungsaufwand bedeute. Eine Grundgebühr in Höhe von 12 € jährlich sei – auch z. B. im Vergleich zum Hamburger Tarif – angemessen.

Stadtverordnete Wilmer plädiert persönlich für den freien Zugang für alle zu sämtlichen Büchereien als „Grundrecht“. Sie befürchtet, dass es sich bei den 12 € um eine Einstiegsgebühr handele.

Stadtverordneter Bellizzi verweist in diesem Zusammenhang auf die angespannte Haushaltslage mit der Notwendigkeit der Kürzung von freiwilligen Leistungen. Stadtverordneter Bellizzi beantragt im Namen der FDP-Fraktion, „GEZ befreite Personen von der Gebühr zu befreien.“

Dem Antrag auf Ende der Rednerliste durch den Stadtverordneten Dr. Hoffmann wird zugestimmt.

Stadtverordneter Schmick hält im Namen der WAB-Fraktion eine ausschließliche Erhebung einer Grundgebühr für die Bücherei von nicht Ahrensburgern für verwaltungsrechtlich bedenklich und wird diesem nicht zustimmen. Statt Einführung einer Grundgebühr sollten die Versäumniszuschläge erhöht werden.

Es folgt ein weiterer Wortbeitrag durch Stadtverordnete Unger.

Anschließend wird wie folgt abgestimmt:

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lautet wie folgt: *„Die Stadt möge eine Grundgebühr für die Stadtbücherei beschließen für alle nicht Ahrensburger, egal welchen Alters von 12 € pro Jahr.“*

Abstimmungsergebnis:

**6 dafür
24 dagegen
1 Enthaltung**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt: *„GEZ befreite Personen werden von der Gebühr befreit.“*

Abstimmungsergebnis:	12 dafür
	14 dagegen
	5 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag, der wie folgt lautet: *„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg beschließt die Änderungssatzung zur Satzung für die Stadtbücherei Ahrensburg (siehe 1. Satzung zur Änderung Satzung für die Stadtbücherei Ahrensburg im Anhang)“,* abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	16 dafür
	13 dagegen
	2 Enthaltungen

Dem Beschlussvorschlag wurde somit zugestimmt.

13. Erlass der Haushaltssatzung 2011 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2011

Stadtverordneter Wilde erklärt, dass die CDU-Fraktion mehrheitlich dem Stellenplan zustimmen wird und lobt die Verwaltung für die zügige und gute Bearbeitung.

Stadtverordneter Schmick beantragt im Namen der WAB-Fraktion, dass die Stadtverordnetenversammlung beschließen möge, dass „der vorgelegte Stellenplan von der Verwaltungsleitung dahingehend überarbeitet wird, dass die erfolgte oder geplante Verlagerung von Arbeitskapazitäten auch für die Selbstverwaltung nachvollziehbar ist.“ Es geht z. B. um den Einsatz der beiden von der ARGE zurückkommenden Mitarbeiter. Die Begründung der Verwaltung, dass die zurückkommenden Mitarbeiter für anfallende Mehraufgaben innerhalb der Verwaltung benötigt werden, reiche ihm nicht aus.

Stadtverordneter Bellizzi stimmt im Namen der FDP-Fraktion dem Stellenplan nicht zu, da die Stadt sich die zusätzlichen Stellen im Bauamt und die Übernahme der Auszubildenden für ein Jahr nicht leisten könne. Einsparungen aufgrund der angespannten Haushaltslage seien ausschließlich bei freiwilligen Leistungen und im Personalbereich noch möglich.

Nach einem weiteren Wortbeitrag durch Stadtverordneten Langbehn, der auf eine kritische Überprüfung der Personalkosten im Kernbereich durch ein entsprechendes Konzept hinweist, wird wie folgt abgestimmt:

Antrag der WAB-Fraktion: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der vorgelegte Stellenplan von der Verwaltungsleitung dahingehend überarbeitet wird, dass die erfolgte oder geplante Verlagerung von Arbeitskapazitäten auch für die Selbstverwaltung nachvollziehbar ist. Es geht z. B. um den Einsatz der beiden von der ARGE zurückkommenden Mitarbeiter.“

Abstimmungsergebnis:	4 dafür
	15 dagegen
	12 Enthaltungen

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag, der wie folgt lautet, abgestimmt. „Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 wird in der beigefügten Ausfertigung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:	15 dafür
	7 dagegen
	9 Enthaltungen

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

14. Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre

- 1. Entwurf des doppelischen Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2011 und die Folgejahre 2012 bis 2014 -

Stadtverordneter Conring hält den Sachvortrag und stellt die Einnahmen- und Ausgabesituation im Ergebnis- und Finanzhaushalt mit einer Kreditneuaufnahme im Finanzhaushalt von 2,46 Mio. € vor. Er dankt dem Fachbereichsleiter, Herrn Kienel, seinen Mitarbeitern und den Stadtverordneten für die disziplinierte Arbeit in den Ausschüssen und Fraktionen, sodass rechtzeitig für das Jahr 2011 ein Haushalt vorgelegt werden kann.

Stadtverordnete Wilmer beantragt im Namen der SPD-Fraktion, im Hinblick auf das hohe Haushaltsdefizit „die Grundsteuern A und B auf 370 % zu erhöhen.“

Stadtverordneter Koch spricht sich gegen eine Grundsteuererhöhung aus, da sich der Haushalt voraussichtlich bis zum Jahr 2012 erholen werde. Die CDU-Fraktion habe Vorschläge vorgebracht, um die Ausgaben den Einnahmen anzupassen, die auch überwiegend angenommen worden seien. Im Rahmen der knappen Haushaltsmittel sei Schwerpunkt der CDU-Fraktion die Bildung. Er beantragt im Namen der CDU-Fraktion, für den Neubau der Turnhalle Grundschule Am Hagen im Jahr 2011 420.000 € und 2012 1.000.000 € bereitzustellen. Die Mittel waren ursprünglich für die Jahre 2012 und 2013 eingeplant.

Stadtverordneter Langbehn bemängelt das strukturelle Defizit des Haushalts, auch das Verschieben von Maßnahmen sei kein definitives Sparen.

Stadtverordneter Marzi kritisiert, dass in der Selbstverwaltung um Einsparpotenziale gerungen werde, andererseits aber die Kosten für die Grünpflege erheblich erhöht werden bei gleichzeitigen Einsparungen dann im sozialen Bereich.

Stadtverordneter Bellizzi lehnt im Namen der FDP-Fraktion die Zustimmung zu dem Haushalt ab. Er moniert, dass zusätzliche Schulden aufgenommen werden, um Leistungen zu ermöglichen, die die Folgegenerationen bezahlen müssten und verweist auf das strukturelle Defizit des Haushalts in Höhe von 3,4 Mio €. Er bedauert, dass dem Verwaltungsvorschlag einer einheitlichen Kostensenkung von 15 % bei sämtlichen Produktsachkonten nicht zugestimmt worden, stattdessen Präsidenzfälle ermöglicht worden seien. Eine entsprechende Anpassung der Gebührensätze für Leistungen, die von Einwohnerinnen und Einwohnern in Anspruch genommen werden, sei ebenfalls nicht mehrheitsfähig gewesen.

Stadtverordnete Unger stellt folgenden Änderungsantrag zum Antrag der CDU-Fraktion Produkt 21110 Grundschule Am Hagen – Neubau einer Turnhalle „Von 420.000 € werden 50.000 € für die Erstellung einer HU-Bau für die

- Antrag der WAB-Fraktion
Stadtverordneter Schmick beantragt „**die Ausgaben für die Gebäudeleittechnik bei den Produktsachkonten 12600, 211105, 21110, 21115 aus dem Jahr 2011 in das Jahr 2012 zu verschieben**“

Abstimmungsergebnis: 11 dafür
18 dagegen
2 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

- Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion AN/119/2010 (siehe Anlage) *„Die Kosten für das Industriestammgleis, PSK 54700.5221010, werden von dem Jahr 2011 in das Jahr 2012 verschoben. Die Verwaltung wird beauftragt zu ergründen, ob ein Industriestammgleis überhaupt noch benötigt wird. Wenn ja, ob es an der jetzigen Stelle benötigt wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Ahrensburg kein Industriegebiet mit großen Industriebetrieben zur Massenproduktion anbietet, sondern ein Gewerbegebiet, dessen Betriebe ausschließlich per Lkw bedient werden.“*

Abstimmungsergebnis: 21 dafür
6 dagegen
4 Enthaltungen

Dem Antrag ist zugestimmt.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2010/127, der wie folgt lautet *„Die Haushaltssatzung 2011 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung wird zugestimmt“* mit oben genannten Änderungen wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 15 dafür
14 dagegen
2 Enthaltungen

Dem Beschlussvorschlag mit oben genannten Änderungen ist somit zugestimmt.

**15. Durchführung der Stadtfeste 2011 bis 2013
Auswahlverfahren**

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: **30 dafür**
1 Enthaltung

gez. Werner Bandick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin